

15. Dezember 2022

Rede des Fraktionsvorsitzenden der SPD im Rat der Stadt Billerbeck zur Verabschiedung des Haushaltes für das Jahr 2023

- Es gilt das gesprochene Wort! -

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Ratsmitglieder,
liebe Zuhörerinnen und Zuhörer im Saal,

am 24. Februar 2022 schien die Welt für die Menschen in Europa plötzlich still zu stehen und viele Menschen hielten den Atem an.

Es war der Tag, an dem Vladimir Putin sein wahres Gesicht zeigte und mit seinen Schergen unseren Nachbarstaat, die Ukraine, verbrecherisch angriff.
Der Kriegswahnsinn ist nach Europa zurückgekehrt.

Die europäische Friedens- und Sicherheitsordnung wurde durch die menschenverachtende Invasion Russlands zutiefst erschüttert. Das Völkerrecht wird seither jeden Tag auf grausamste Weise mit Füßen getreten.

Nach der Annexion der Krim 2014 und dem darauffolgenden Krieg im Donbass versucht Russland nun, sich die gesamte Ukraine einzuverleiben und verfolgt dieses Ziel ohne Rücksicht auf Verluste von Menschen, die eigentlich nur in Frieden in einem demokratischen Staat leben wollen.

Auch die eigenen Verluste von russischen Töchtern und Söhnen, die für ihr Land an einer angeblichen militärischen Übung teilnehmen sollten, trägt der Despot Putin mit stoischer Gelassenheit.

Gnadenlos wird ein Land verwüstet und seine Infrastruktur zerstört. Ein Verhalten, das einem demokratisch gesinnten Menschen das Fürchten vor Machtmissbrauch lehrt und ihm zeigt, dass Demokratie und ein friedliches Miteinander nicht selbstverständlich sind und gepflegt und unterstützt werden müssen.

Wir brauchen jedoch gar nicht so weit in die Ferne zu blicken, denn zerstörerische Kräfte arbeiten auch in unserem Land an den Festen unserer Demokratie, wie der jüngste Fall der Vorbereitung eines Staatsstreiches durch die Reichsbürgerszene verdeutlicht.

Als Folge der Kriegsgreuel taten viele ukrainische Familien ihr eigenes Land. In Billerbeck konnten wir eine große Solidarität erleben, die Hoffnung gibt. Flüchtende Menschen wurden in die eigenen vier Wände, in die eigenen Familien aufgenommen. Ihnen wurde viel mehr als nur ein Dach über dem Kopf gegeben. Das ist nicht selbstverständlich, wie schon die biblische Geschichte von Maria und Josef uns gelehrt hat.

Frau Bürgermeisterin, geschätzte Ratskolleginnen und -kollegen,

gut hätten wir es gefunden, wenn wir bereits in der vorherigen Flüchtlingskrise eine Grundlage für die Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge geschaffen hätten und aus unserer Kommunalpolitik heraus die Botschaft gesendet hätten: Billerbeck ist ein sicherer Hafen, der angelaufen werden kann.

Doch ein Teil der Kommunalpolitiker samt Bürgermeisterin fuhr und fährt hier lieber auf Sicht. Bekanntlich scheiterte das Schaffen dieser Grundlage an den Stimmen der CDU, der FDP und der Bürgermeisterin Dirks.

Gas und Öl werden von Putin aktiv als Kriegswaffe eingesetzt. Deshalb ist es auch richtig, dass wir Energie einsparen, aber wir müssen genau schauen und abwägen, wie wir das machen.

Bei unpopulären Maßnahmen setzt man gerne bei einer Klientel an, die sich nicht großartig wehren kann. Womit wir dann bei den Kindern wären. Man holt sich die Unterstützung der Schulleitung und beschließt dann, in diesem Winter, das Lehrschwimmbecken nicht zu öffnen. Für die SPD ist das ein No-Go.

Nach der Krise der Pandemie sind nun auch in der Energiekrise die Kinder die Verlierer.

Die Grundkompetenz Schwimmen, die laut Schulrichtlinien ganzjährig vermittelt werden soll, wird der Energieeinsparung untergeordnet. Wir fragen als SPD immer noch nach der Sinnhaftigkeit dieses Handelns denn: der Gas-Gesamtspeicherstand in Deutschland liegt knapp unter 100 % und folgt damit dem für die Jahreszeit üblichen Verbrauch, der Gasverbrauch liegt unter dem durchschnittlichen Verbrauch der letzten Jahre und das, obwohl kein Gas mehr aus Russland kommt.

Liebe Ratskolleginnen, liebe Ratskollegen und Frau Bürgermeisterin, wann öffnen Sie das Lehrschwimmbecken?

Nachvollziehbare Gründe für Ihre abwartend zögerliche Haltung erkennen wir nicht!

Die SPD war schon immer für sehr vorausschauende Anträge bei ihrer Kommunalpolitik. Leider führen auch hier die übrigen Kommunalpolitiker als Bedenkenräger auf Sicht. So ist unser Antrag, Billerbeck zu einer energieautarken Stadt zu entwickeln, ganze 11 Jahre alt. Leider wurde er damals mit wenig Engagement, auch seitens der Verwaltung, angegangen.

Durch den entsetzlichen Krieg hat er an erschreckender Aktualität gewonnen. Hätten wir das Ziel konsequent verfolgt, wären wir nun wesentlich weniger abhängig. Jetzt ist das Thema wieder im Fokus und wird aus der bestehenden Not heraus konsequenter umgesetzt, um die Energie- und auch die Klimakrise zu bewältigen.

Das ist richtig und gut, aber auf dem Weg der notwendigen Veränderung wurde viel wertvolle Zeit verschenkt.

Liebe Ratskolleginnen und –kollegen,

als Stadt stehen wir in besonders herausgehobener Verantwortung, auf die Fragen und Krisen der Zeit Antworten zu geben.

Die konzeptionelle Eindämmung der Lebensmittelverschwendung, gemeinsam mit den Handelnden in der Lebensmittelwertschöpfungskette, wäre zum einen ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz gewesen. Zum anderen hätte die Versorgung mit Lebensmitteln als globale Aufgabe lokal verankert und umgesetzt werden können.

Leider sind wir mit unserem diesbezüglichen Antrag an den Stimmen der Mehrheitsfraktion, der CDU und der Stimme der Bürgermeisterin krachend gescheitert.

Wir wollten mit der Umsetzung unseres Antrages verhindern, dass bedürftige Menschen immer weiter in die Armut rutschen, denn an der Existenzgrenze ist es schwer, die ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln sicher zu stellen. Hinzu kommt, dass immer mehr Menschen auf die Tafeln oder ähnliche Einrichtungen angewiesen sind. Es gilt, den Betroffenen zu helfen und den Bedürftigen ein Versorgungsangebot mit Lebensmitteln hier vor Ort in Billerbeck zu machen.

Wir Sozialdemokraten wollten zudem mit diesem Antrag, den in diesem Bereich engagierten Personen für ihre Arbeit durch eine kommunalpolitische Entscheidung den Rücken stärken. So haben sich z. B. die Schülerinnen und Schülern der AFG mit ihren Lehrkräften des Themas Nachhaltigkeit angenommen.

Stattdessen spiegelte die politische Debatte zu unserem Antrag überhaupt nicht die Dringlichkeit und Wichtigkeit des Themas wider.

Im Nachgang versuchte die CDU, sich medienwirksam mit einer Zeitungsanzeige und langen Texten in den Foren zu rechtfertigen. Oberpeinlich und zum Fremdschämen!
Das Geld für ihre Zeitungsanzeige hätten sie besser spenden sollen, liebe CDU-Fraktion Billerbeck!

Uns haben sie mit ihrem Abstimmungsverhalten nur tief enttäuscht, meine Damen und Herren der CDU und verehrte Bürgermeisterin, die bedürftigen Menschen aber haben sie im Stich gelassen.

Meine Damen und Herren,

es gibt uns zu denken, wie weit die Werte der CDU in die rechte Ecke abdriften.

So stigmatisiert der Chef der CDU, Herr Merz, die Geflüchteten aus der Ukraine als Systemschmarotzer indem er ihnen Sozialtourismus unterstellt.

Herr Merz benutzt ein Wort, das bereits 2013 das Unwort des Jahres war und das wir nur aus rechtsextremistischen Blogs und aus russischer Propaganda kennen.

Es wird versucht, am extremen Rand auf billige Art und Weise Stimmen abzufischen.

So geht es bei den verbalen Entgleisungen munter weiter: im Kreis fordert die CDU mit ihrem Bundestagsabgeordneten Henrichmann die Bundesregierung auf, die Migration zu begrenzen.

Die CDU-Landesministerin Scharrenbach spricht im Zusammenhang mit den Finanzaufwendungen für die Menschen aus der Ukraine von Ukraineschäden. Wahrscheinlich meinte sie Solidaritätsaufwendungen, aber so kann man ja keine Stimmung verbreiten.

Selbst die Billerbecker CDU-Fraktion möchte pauschal die Realisierung des neuen Bauhofs aufschieben und begründet dies mit dem Ukraine-Krieg. Sodosagen ebenfalls ein „Ukraineschaden“.

Geht´s noch?

So spaltet die CDU dort, wo sie verbinden sollte: bei den Menschen. Bekanntlich stinkt der Fisch vom Kopf her, deshalb hoffen wir, dass die CDU baldmöglichst zu ihren christlichen Grundwerten zurückfindet, inhaltlich und auch personell.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

rückblickend ist Billerbecker in den Jahresabschlüssen aufgrund relativ stabiler Steuereinnahmen - insbesondere die der Gewerbesteuer - immer mit einem blauen Auge davongekommen. Diese könnten in den kommenden Jahren aber auch zu unserer Achillesferse werden.

Die Stärken einer Stadt zeigen sich, wenn die Kommunalpolitik es schafft, trotz erschwelter Rahmenbedingungen, bürgernah zu handeln und dennoch dafür zu sorgen, dass der Haushalt solide bleibt.

Krisen sind herausfordernd, schaffen aber im Idealfall neue Denk- und Handlungsansätze. Wir müssen erkennen, dass wir die großen Herausforderungen dieser Zeit nur gemeinsam stemmen können. Das geht nicht, wenn jeder sein eigenes Süppchen kocht.

Explodierende Energiepreise, deutlich anziehende Zinsen und inflationäre Preissteigerungen lassen das Geld im Portemonnaie spürbar weniger werden, sowohl im städtischen und in den unternehmerischen, als auch im privaten Haushalt.

Was auf uns in den kommenden Jahren zukommt, lässt sich nur erahnen, doch wir sollten zuversichtlich, mutig und vorausschauend handeln.

Uns, der SPD, geht es um den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Wir stellen zum Haushalt 2023 drei Hauptherausforderungen fest, die wir in diesem Sinne angehen sollten:

1. Investitionen müssen priorisiert und zielgerichtet angegangen werden.

Wir haben einen erheblichen Investitionsbedarf. Die Weiterführung der Sanierung der Innenstadtstraßen, der Ausbau der Schulmensa, der Bau von Radwegen und der neue Bauhof seien hier nur beispielhaft genannt.

Die zur Verfügung stehenden Pauschalen sind bis 2028 und auch darüber hinaus verplant. Zeitgleich müssen wir noch drastisch gestiegene Preise kompensieren.

Deshalb ist es wichtig, dass wir die Investitionen priorisiert und zielgerichtet angehen.

Das wird uns nur von Jahr zu Jahr gelingen und wenn sich jede Partei konstruktiv in die Haushaltsberatungen einbringt.

Der Blick in die Investitionsplanung zeigt, dass wir gestalterisch handlungsfähig sind. Gleichwohl müssen wir mit kaufmännischer Vorsicht unsere liquiden Finanzmittel im Blick behalten und Fördertöpfe klug nutzen.

2. Der Konsolidierungsbedarf im städtischen Haushalt muss beibehalten werden.

So müssen wir daran festhalten, dass Investitionen nicht durch Bankkredite finanziert werden, das sind wir den nachfolgenden Generationen schuldig.

Nur so können wir die vorhandenen Altlasten an Bankdarlehen auslaufen lassen und in 2028 endgültig tilgen.

Es gilt, die Einnahmenseite zu stärken und die Ausgabenseite gut im Blick zu halten.

3. Die Bürgerinnen und Bürger müssen entlastet werden.

Wir haben einen dringlichen Entlastungsbedarf unserer Bürgerinnen und Bürger, für die nicht selten die steigenden Energiepreise und die inflationäre Entwicklung existenzbedrohend sind.

Deshalb gehört an dieser Stelle zur Ehrlichkeit auch Selbstkritik: Die von uns im vergangenen Jahr noch eingeforderte Steueranpassung hätte in diesem Jahr die Falschen getroffen.

Die Finanzsituation Billerbecks ist und bleibt vermutlich noch auf längere Zeit angespannt. Es ist dennoch jetzt die richtige Entscheidung, die Bürgerinnen und Bürger nicht zur Kasse zu bitten.

So wollen wir zur finanziellen Entspannung der Familien und Menschen beitragen, auch, wenn die Steuersätze in Billerbeck deutlich unter den fiktiven Hebesätzen des Landes liegen.

Deshalb ist 2023 das Jahr, in dem wir städtische Ausgaben priorisieren, und, wo notwendig, verringern müssen. Damit wird der Haushalt konsolidiert und der Inflation womöglich entgegengewirkt.

Diesen Diskussionen hat sich die SPD-Fraktion zum Haushalt 2023 gestellt und ist unterm Strich mit dem erzielten Ergebnis zufrieden.

Ziel soll sein, die Bürgerinnen und Bürger in den kommenden Jahren nicht die Zeche einer verfehlten Ausgabenpolitik zahlen zu lassen.

Auch als Wirtschaftsstandort schützen und stärken wir Billerbeck, in dem wir die Hebesätze bei der Gewerbe- und Grundsteuer nicht erhöhen.

Der SPD-Fraktion ist es ein wichtiges Anliegen, unsere Stadt selbstbestimmt zukunfts- und handlungsfähig zu erhalten, trotz Pandemie, Krieg und Klimakrise!

Wir blicken heute auf einen soliden Haushalt 2023, mit dem wir für Billerbeck viel bewegen können. Daher werden wir diesem Haushalt zustimmen.

Zum Abschluss meiner Haushaltsrede spreche ich der Kämmerin der Stadt Billerbeck, Frau Marion Lammers, stellvertretend für die vielen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Billerbecker Rathaus für die Aufstellung dieses Haushaltsplanes meinen ausdrücklichen Dank aus.

Unser Dank gilt zum Ende des Jahres 2022 auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rathaus und am Bauhof, die nach ihren Möglichkeiten über das erforderliche Maß hinausgehend anpacken.

Ganz herzlichen Dank dafür, Ihnen allen!

Bei Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, bedanke ich mich für Ihr Interesse und Ihre Aufmerksamkeit.

Vielen Dank!

gez.

– Thomas Tauber –
Vorsitzender der SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Billerbeck